

# Beschwerden über Jobcenter nehmen zu

## Petitionsausschuss bearbeitet 267 Eingaben: In 60 Prozent der Fälle Fehler nachgewiesen

Von Stefan Schulz

Der Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses hat im vergangenen Jahr mehr Eingaben gehabt als in den Vorjahren. Und von den knapp 1700 Beschwerden, die von November 2007 bis November 2008 eingingen, betrafen 267 die Jobcenter. Bei knapp 60 Prozent der Eingaben konnten die Abgeordneten den Arbeitslosen helfen. Das seien Fälle, bei denen die Jobcenter ihre Entscheidungen zurücknehmen müssten, was zeige, dass sie „schlampig oder zu ablehnend“ gearbeitet hätten. „Da stimmt etwas im System nicht“, sagte der Vorsitzende des Ausschusses, Ralf Hillenberg (SPD). Er kündigte an, dass der Ausschuss sich diesem Thema verstärkt widmen wolle.

Eine ähnliche Situation hatte vor kurzem auch das Berliner Sozialgericht beklagt. Dort sind seit Inkrafttreten der Hartz-IV-Reformgesetze mehr als 60 000 Verfahren eingegangen. Allein im Januar dieses Jahres waren es rund 1700. Mehr als 80 Prozent dieser Verfahren können aber ohne Urteil geklärt werden.

„Oft findet erst vor Gericht eine umfassende Sachbearbeitung statt“, sagte dazu Michael Kanert, seit 1995 Richter am Berliner Sozialgericht.

Das hat auch der stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses, Gregor Hoffmann (CDU), beobachtet. „Das Riesenproblem ist: Die Jobcenter haben keine vernünftigen Widerspruchsstellen.“ Eigentlich müsste die Behörde die Probleme beheben, das sei aber nicht der Fall. „So übernehmen wir im Petitionsausschuss die Arbeit der Verwaltung.“ Die nachlässigsten Jobcenter gibt es nach Ansicht des Ausschusses in Neukölln, Trepow-Köpenick, Spandau und Steglitz-Zehlendorf. Dort waren mehr als 70 Prozent der Beschwerden erfolgreich, das heißt: Die Parlamentarier konnten den Antragstellern dort helfen. Selbst in besser bewerteten Jobcentern wie Reinickendorf und Friedrichshain-Kreuzberg gab es relativ hohe Erfolgsquoten bei den Eingaben.

Kritik übte der Ausschussvorsitzende auch an der Verwaltung von Gesundheitssenatorin Katrin

Lompscher (Linke). Es sei eine „Sauerei“, wenn die Verwaltung im Fall der Giftschlangen in einem Wohnblock in Buch immer noch nicht die entsprechende Verordnung geändert habe. Im November 2007 war ein einstimmiger Beschluss des Abgeordnetenhauses verabschiedet worden, um die Haltung von Giftschlangen in Mehrfamilienhäusern einzuschränken. Die zuständige Senatsverwaltung teilte aber jüngst mit, dass mit dem Senatsbeschluss zur Änderung der Verordnung voraussichtlich erst im Frühjahr dieses Jahres zu rechnen sei. „Peinlich“, nannte das der Ausschuss-Vize Hoffmann.

Beschwerden an den Ausschuss gab es auch aus der Finanzverwaltung und den Finanzämtern über die vom zuständigen Senator Thilo Sarrazin (SPD) angeordnete Bewertungspraxis. Hillenberg berichtete, dass die Finanzbeamten unzufrieden seien, weil sie auf Anweisung von Sarrazin streng nach den vorgegebenen Kriterien bewertet würden, während in allen anderen Senatsverwaltungen deutlich lockere Maßstäbe angelegt würden. Bei Bewerbungen seien sie dadurch deutlich im Nachteil gegenüber Beamten aus anderen Bereichen. Hillenberg forderte nun eine Liste mit der prozentualen Aufteilung der Bewertungsstufen von allen Senatsverwaltungen an.